Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Sektion Politische Psychologie

Angewandte Sozialpsychologie

Newsletter Oktober 2026

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES

1. **Vorankündigung: „Psychische Folgen von Vorurteilen und Diskriminierung“**
2. **BMBFSFJ: „Bildung auf einen Blick 2026“ – Neue OECD-Studie zu Bildungsindikatoren veröffentlicht**
3. **FidAR: Parität Strukturen und Perspektivwechsel – Ein Rückblick auf den herbstlichen Dialog für mehr Vielfalt**
4. **Deutscher Frauenrat: Keine Pflegereform auf Kosten von Frauen**
5. **BMBFSFJ: Bundesministerin Prien in Kyjiw eingetroffen – „Unterstützung im Kampf für Demokratie, Selbstbestimmung und ein freies Europa“**

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. **DIW Berlin: Beispiel Wiedervereinigung zeigt – Hohe Arbeitskräftenachfrage erhöht Diversität nicht zwangsläufig**
2. **DIW Berlin: Abstimmungen zwischen Wettbewerbern in aller Öffentlichkeit – Sprachanalyse kann sie aufdecken**
3. **Table.Briefings: Steinmeier und Macron – Ein Adieu in miesen Zeiten**

AKTUELLES

1. Vorankündigung: „Psychische Folgen von Vorurteilen und Diskriminierung“

In der von der Sektion Politische Psychologie und der Psychologischen Hochschule Berlin angebotenen **Veranstaltungsreihe "Psychologie und Gesellschaft"** spricht **Prof. Dr. Andreas Beelmann**, Universität Jena.

Ort: Psychologische Hochschule Berlin (PHB), Am Köllnischen Park 2, 10179 Berlin.

Zeit: 11. November 2026, 18.30-20.00 Uhr. Hörsaal der PHB.

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der PHB: www.phb.de

2. BMBFSFJ: „Bildung auf einen Blick 2026“ – Neue OECD-Studie zu Bildungsindikatoren veröffentlicht

Im Rahmen einer Pressemitteilung vom 29. September 2026 widmet sich das **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (BMBFSFJ) den **aktuellen Ergebnissen** der von der OECD veröffentlichten Studie **„Education at a Glance – Bildung auf einen Blick 2026“**, die in diesem Jahr einen besonderen **Schwerpunkt auf den Lehrkräftemangel** und die **Attraktivität des Lehrerberufs** legt.

Die Ergebnisse zeigen, dass **Deutschlands Erwerbsbevölkerung im internationalen Vergleich insgesamt gut qualifiziert** ist und die berufliche Bildung mit besonders **guten Beschäftigungsperspektiven** eine zentrale Stärke des Systems darstellt. Zudem steigt der Anteil junger Erwachsener mit höheren Bildungsabschlüssen im tertiären Bereich, und Deutschland gehört bei Absolventinnen und Absolventen in MINT-Fächern zur internationalen Spitze. Gleichzeitig weist die Studie jedoch auf **besorgniserregende Entwicklungen** hin: Der **Anteil junger Erwachsener mit mittleren Qualifikationen ist seit 2015 spürbar gesunken**, während der **Anteil an Geringqualifizierten leicht angestiegen** ist. Auch der Anteil junger Menschen, die weder beschäftigt noch in Bildung oder Ausbildung sind, hat geringfügig zugenommen. Der Lehrkräftemangel äußert sich in Deutschland vor allem darin, dass **verstärkt Lehrkräfte zum Einsatz** kommen, die **noch nicht über alle erforderlichen Qualifikationen verfügen**.

Bundesbildungsministerin Karin Prien betont angesichts dieser Befunde, dass **Bildung über die gesamte Bildungsbiographie hinweg zur Top-Priorität in Deutschland** werden muss. Mit Initiativen wie dem **Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz** (SCQEG) sowie einer **verbesserten Datengrundlage** will das Ministerium gezielt gegensteuern und die Qualität insbesondere in Kitas in herausfordernden Lagen stärken. Auch die **Kultusministerkonferenz**, vertreten durch **Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Dr. Dorit Stenke**, unterstreicht die **Notwendigkeit verlässlicher Qualitätsstandards** bei neuen Wegen in den Lehrerberuf sowie einer gezielten Unterstützung von Lehrkräften im Unterricht.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:
https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/-bildung-auf-einen-blick-2026-neue-oecd-studie-zu-bildungsindikatoren-veroeffentlicht-294632

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **OECD-Publikation**:
https://www.oecd.org/en/publications/education-at-a-glance-2026_b4968bbc-en.html

3. FidAR: Parität Strukturen und Perspektivwechsel – Ein Rückblick auf den herbstlichen Dialog für mehr Vielfalt

In einem aktuellen Schreiben zieht **Prof. Dr. Anja Seng**, Präsidentin von **FidAR e.V.**, Bilanz über einen ereignisreichen Herbst voller Veranstaltungen und strategischer Impulse. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie unterschiedliche Perspektiven als Produktivitätsfaktor und Merkmal guter Unternehmensführung in Entscheidungen einfließen können. So betonte Seng beim Handelsblatt Future Workplace, dass homogene Teams zu Groupthink und blinden Flecken neigen, während paritätisch besetzte Gremien Risiken breiter bewerten und schneller korrigieren. Auch der 15. Deutsche Aufsichtsratstag von AdAR, vertreten durch Regionalvorständin **Dr. Martina Rudy**, unterstrich, dass in einer fluiden Welt individuelle Erfahrung allein nicht mehr ausreicht, sondern

funktionierende Systeme und vielfältige Perspektiven unerlässlich sind, um Orientierung zu geben und kritisch zu hinterfragen.

Dass **Vielfalt klare Strukturen erfordert**, bekräftigte zudem die **Diversity-Konferenz der Bundeswehr**. **Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius** ordnete das Thema als wesentliche Führungsaufgabe und Element der Einsatzbereitschaft ein, und **Generalleutnant Robert Sieger** sprach sich klar für eine Geschlechterquote aus, was ein wichtiges Signal für die Debatte um die Ausweitung der Führungspositionengesetze darstellt. Flankiert wurden diese Impulse durch zahlreiche regionale und überregionale Netzwerktreffen, darunter der Austausch in Dresden unter dem Motto „Starke Frauen. Starke Wirtschaft." mit der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland **Dr. Elisabeth Kaiser**, der Vorstandsvorsitzenden der Sächsischen Aufbaubank **Dr. Katrin Leonhardt** und FidAR-Regionalvorständin **Peggy Kopkow**, die Festrede der Ehrenvorsitzenden **Monika Schulz-Strelow** unter dem Motto „Starke Frauen – Starke Führung" bei der Mannheimer Female-Leadership Academy, die Teilnahme von Vizepräsidentin **Silke Robeller** an der Tagung „Frauen für Europas Zukunft – lokal handeln, Politik gestalten" in Tutzing sowie die Vernetzung von Geschäftsführerin **Clara Gruitrooy** beim „Berliner Salon" im Französischen Dom.

Als **zentrales Fazit** hält FidAR fest, dass **Vielfalt verbindliche Strukturen wie Quoten, Ziele, Netzwerke und mehr benötigt**.

4. Deutscher Frauenrat: Keine Pflegereform auf Kosten von Frauen

In einer Pressemitteilung vom 1. Oktober 2026 begrüßt der **Deutsche Frauenrat** zwar Korrekturen bei den **angekündigten Kürzungen der Rentenansprüche pflegender Angehöriger**, **kritisiert** jedoch gleichzeitig die **geplanten Verschärfungen bei der Einstufung von Pflegegraden** scharf.

Die **Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, Dr. Beate von Miquel**, weist darauf hin, dass **zwei Drittel der pflegenden Angehörigen Frauen** sind und **jede vierte von ihnen bereits heute armutsbedroht** ist. Die geplante Erschwerung des Zugangs zu Pflegegraden sei daher zynisch, da der Pflegebedarf dadurch nicht verschwinde, sondern die Verantwortung stattdessen auf Ehefrauen, Töchter, Mütter und Freundinnen abgeschoben werde. Anstatt die Gleichstellung zu fördern, **verstärke die Maßnahme die strukturelle Benachteiligung von Frauen**.

Um dies zu ändern, fordert der Deutsche Frauenrat die **Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung** sowie den **Zugriff auf bedarfsgerechte und öffentlich bereitgestellte Hilfen und Infrastrukturen**. Dazu gehöre auch eine v**erlässliche Lohnersatzleistung zur finanziellen Absicherung**, damit Pflege nicht länger überwiegend auf den Schultern von Frauen lastet.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu der **Pressemitteilung**:
https://www.frauenrat.de/keine-pflegereform-auf-kosten-von-frauen/

5. BMBFSFJ: Bundesministerin Prien in Kyjiw eingetroffen – „Unterstützung im Kampf für Demokratie, Selbstbestimmung und ein freies Europa"

In einer Pressemitteilung vom 5. Oktober 2026 informiert das **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** über den **Besuch von Bundesministerin Karin Prien in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw**. Der Besuch stellt ein weiteres **deutliches Zeichen der Solidarität der Bundesregierung mit der Ukraine** dar, die weiterhin unter schweren Angriffen aus Russland leidet.

Ministerin Prien betont, dass diese Unterstützung aus dem Bewusstsein für die eigene Geschichte und einer besonderen Verantwortung für Europa erwächst. Gleichzeitig sei **die Partnerschaft keine**

Einbahnstraße, da Deutschland auch von den Erfahrungen der Ukraine lernen wolle. Die Ukraine **verteidige in diesem Krieg nicht nur ihr Land**, sondern auch **ihre Gesellschaft und demokratische Zukunft**. Besonders **Kinder und Jugendliche** seien von den Folgen **stark betroffen**, da sie Gewalt und Zerstörung erleben, ihre Heimat verlieren und nun vor dem fünften Kriegswinter stehen. Dennoch zeige das Land eine **beeindruckende gesellschaftliche Widerstandskraft in Familien, Schulen, der Jugendhilfe und einer engagierten Zivilgesellschaft**, von der auch die deutsche Gesellschaft lernen könne.

Ein **Schwerpunkt der Reise** liegt auf der Frage, wie **Minderjährige auch in der Krise Schutz, Bildung, Stabilität und Zukunftsperspektiven erhalten** können. Neben dem Austausch mit Regierungsmitgliedern und dem Besuch einer Schule sowie eines Kindergartens verlegte die Ministerin einen Stolperstein im Gedenken an die unter den Nazis ermordeten ukrainischen Juden.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:
https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/bundesministerin-prien-in-kyjiw-eingetroffen-unterstuetzung-im-kampf-fuer-demokratie-selbstbestimmung-und-ein-freies-europa--294886

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. DIW Berlin: Beispiel Wiedervereinigung zeigt: Hohe Arbeitskräftenachfrage erhöht Diversität nicht zwangsläufig

In dem DIW-Artikel „**Beispiel Wiedervereinigung zeigt: Hohe Arbeitskräftenachfrage erhöht Diversität nicht zwangsläufig“** untersuchen die Autorinnen **Anna Bindler, Barbara Boelmann, Lena Janys und Luisa H. Santiago Wolf**, ob eine plötzliche und unerwartet **hohe Nachfrage nach Arbeitskräften die Diversität in der Arbeitnehmerschaft steigern** kann. Als **natürliches Experiment** nutzen die Forscherinnen die massive Umstrukturierung und Neubesetzung fast aller **gesellschaftswissenschaftlicher Professuren an ostdeutschen Universitäten** nach der deutschen Wiedervereinigung.

Die Analyse zeigt, dass ein solcher **positiver Arbeitsnachfrageschock keineswegs automatisch zu mehr Diversität führt**. Entgegen der Annahme, dass Marktkräfte bestehende Ungleichgewichte ausgleichen, gingen die **neu geschaffenen Stellen in den Gesellschaftswissenschaften überwiegend an jüngere Männer aus Westdeutschland**. So **stagnierte der Frauenanteil** im Jahr 1998 bei rund 7,3 Prozent und blieb damit deutlich hinter dem theoretisch Möglichen zurück, gemessen an den habilitierten Wissenschaftlerinnen **in Westdeutschland** hätte ein **Frauenanteil von etwa 15 Prozent** erreicht werden können. Gleichzeitig ging die Umstrukturierung mit einer geringeren Auswahlschärfe einher, da die neuen Professorinnen und Professoren aus einem breiteren und teils weniger renommierten Spektrum westdeutscher Universitäten stammten. Simulationsrechnungen verdeutlichen zudem, dass die **Qualifikationshürden für männliche Bewerber spürbar niedriger** waren als für weibliche. Die **Autorinnen schlussfolgern** daraus, dass **Marktkräfte allein nicht ausreichen**, um systemische Hürden und fehlende Diversität zu überwinden, selbst wenn dadurch Effizienzverluste und ungenutzte Potenziale entstehen. Als Fazit betonen sie, dass **zielgerichtete politische Maßnahmen** wie Geschlechterquoten nicht nur aus gesellschaftlicher, sondern auch **aus ökonomischer Sicht sinnvoll sein** können, selbst wenn Diversität kein explizites Ziel darstellt.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:
https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.1021491.de/26-41-3.pdf

2. DIW Berlin: Abstimmungen zwischen Wettbewerbern in aller Öffentlichkeit – Sprachanalyse kann sie aufdecken

In dem DIW-Artikel **„Abstimmungen zwischen Wettbewerbern in aller Öffentlichkeit: Sprachanalyse kann sie aufdecken“** untersuchen **Tomaso Duso, Joseph E. Harrington Jr., Carl Kreuzberg und Géza Sápi**, wie **große Mengen öffentlicher Unternehmenskommunikation systematisch nach Hinweisen auf wettbewerbswidrige Absprachen** durchsucht werden können. Da Kartelle erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen und traditionelle Instrumente wie Kronzeugenprogramme an Bedeutung verlieren, stellt der Bericht ein **neuartiges Screening-Verfahren** vor, das auf der **Analyse von Wortpaaren (Bigrammen) in öffentlichen Analystenkonferenzen (Earnings Calls)** basiert.

Für die Analyse wurden rund **350.000 Earnings Calls**, Analystenkonferenzen von Börsenunternehmen aus den **Jahren 2004 bis 2022** ausgewertet. Das Verfahren durchsucht die Dokumente nach Kombinationen aus **strategischen Aussagen** (STRAT) und **Bezügen zum Wettbewerb** (COMP). Die Analyse zeigt, dass Unternehmen in etwa einem Fünftel der Gespräche solche Sprachmuster verwenden, wobei die Kartellaufsicht vor allem dann hellhörig wird, wenn Wettbewerber gleichzeitig oder wiederholt ähnlich kommunizieren. Das Instrument soll den Behörden dabei helfen, knappe Prüfkapazitäten effizienter auf besonders auffällige Verdachtsfälle zu lenken. **In der Praxis** hat sich die **Methode bereits bewährt**, da sie unter anderem zur ersten unangekündigten Nachprüfung der Europäischen Kommission beigetragen hat, die allein auf öffentlicher Kommunikation beruhte. Die Autorinnen und Autoren betonen abschließend, dass **datengestützte Sprachanalysen die Wettbewerbsaufsicht grundlegend verändern** und **Behörden** bei der effizienten Auswertung großer Textmengen **erheblich entlasten** können.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem gesamten **Artikel**:
https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.1020045.de/26-39-1.pdf

3. Table.Briefings: Steinmeier und Macron – Ein Adieu in miesen Zeiten

In dem Artikel **„Steinmeier und Macron: Ein Adieu in miesen Zeiten“** beleuchtet der Autor **Stefan Braun** den **letzten offiziellen Frankreich-Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**, der stark von der Sorge um die demokratische Zukunft in beiden Ländern überschattet wird. Während seiner Visite blickt Steinmeier immer wieder besorgt nach Berlin, wo die Regierungs- und Parteienkrise sowie die jüngsten Entwicklungen in Magdeburg das politische Klima belasten, und sieht sich mit der bitteren Erkenntnis konfrontiert, dass seine **langjährigen Warnungen vor dem Erstarken des Rechtsextremismus den Aufstieg radikaler Kräfte nicht verhindern** konnten. Diese **Sorge wird auch von europäischen Partnern geteilt**, die Steinmeier zuvor bei einer Trauerfeier in Oslo alarmiert auf die Situation in Deutschland ansprachen.

Zugleich erlebt Steinmeier **in Frankreich Parallelen**. Dort droht im Frühjahr eine Stichwahl zwischen den Extremen, während sich die bürgerliche Mitte zunehmend von Wahlen abwendet und aktuelle Schulproteste die wachsende Finanznot und hohe Schuldenlast des Staates verdeutlichen. Am Ende stehen trotz der schwierigen Zeiten ein **starkes Bekenntnis und die Beschwörung der engen deutsch-französischen Partnerschaft**. Steinmeier dankt Emmanuel Macron für dessen unerschütterlichen Einsatz als Europäer und richtet an Landsleute wie Gastgeber die klare Botschaft: **„Deutschland kann nur als europäisches Deutschland erfolgreich sein“**, ein Grundsatz, der auch in miesen Zeiten Bestand haben wird.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem vollständigen **Artikel**:
https://table.media/berlin/talk-of-the-town/steinmeier-und-macron-ein-adieu-in-miesen-zeiten?utm_source=web&utm_medium=copy&utm_campaign=share